

HANS-JOACHIM STADERMANN

Arbeitslosigkeit im Wohlfahrtsstaat

Mohr Siebeck

Arbeitslosigkeit im Wohlfahrtsstaat

Eine Bestimmung ihres Ausmaßes
und ihrer Ursachen illustriert mit Daten
aus dem deutschen Arbeitsmarkt

von
Hans-Joachim Stadermann

2., erweiterte und aktualisierte Auflage



Mohr Siebeck

Für Regina

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Stadermann, Hans-Joachim

Arbeitslosigkeit im Wohlfahrtsstaat: eine Bestimmung ihres
Ausmaßes und ihrer Ursachen illustriert mit Daten aus dem deutschen Arbeits-
markt / von Hans-Joachim Stadermann

2., erweiterte und aktualisierte Auflage – Tübingen: Mohr, 1998

ISBN 3-16-146912-7 / eISBN 978-3-16-162887-0 unveränderte eBook-Ausgabe 2024

© 1998 J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen.

Druck: Müller + Bass, Tübingen

Archivfähiges Werkdruckpapier der Papierfabrik Niefern

Aufbindung: Großbuchbinderei Heinr. Koch, Tübingen

*In der Tat: Alle Probleme der politischen Ökonomie
laufen am Ende darauf hinaus, den Menschen
glücklich zu machen. Es gibt aber kein Gut, das
nicht mit einem Übel verknüpft wäre, das jenes oft
verringert, bisweilen aufwiegt.*

*Giambattista Vico e Fernando Galiani,
Enthusiasmus und Natur (1768)*

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur zweiten Auflage	7
Vorwort zur ersten Auflage	9
1. Einleitung	13
2. Markt, Staat, Arbeitsmarkt und Wohlfahrtsstaat	25
3. Die Verfassung des Arbeitsmarktes	43
4. Die Expansion der Sockelarbeitslosigkeit	55
5. Partielle Nichtbeschäftigung	73
6. Die Flexibilisierung der Einkommen	87
7. Die Unterdrückung der Vollbeschäftigungslösung	99
8. Die sozialpolitische Absicherung von Beschäftigungsillusion	123
9. Die Erwerbsstruktur	135
10. Wege zur Problembegrenzung	155
11. Die beste aller Welten?	173
Literaturverzeichnis	199
Abbildungsverzeichnis	205
Personenregister	207
Sachregister	208

Vorwort zur zweiten Auflage

Drei Jahre nach der ersten Auflage dieses Buches hat sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt Deutschland weiter verschlechtert. Die darauf gerichtete Wirtschaftspolitik ist dem großen Mitteleinsatz zum Trotz in keiner Hinsicht erfolgreich gewesen. Nur die ehrgeizigen Versprechungen sind in ihrer Aussage revidiert: Nun heißt es nicht mehr, die Zahl der Arbeitslosen solle bis zum Jahr 2000 halbiert werden, sondern, daß es ein großes Ziel sei, die Arbeitslosenziffer bis zu jenem Jahre zu halbieren. Wer wollte das bestreiten?

In Deutschland geht eine Furcht um. Es ist die Furcht vor dem wirtschaftlichen Abstieg. Diejenigen, die der Arbeitslosigkeit nicht Herr werden können, schüren sie, weil sie immer neue Erklärungen dafür brauchen, daß es nicht ihr Politikversagen ist, daß die Dinge so sind, wie sie sind. Der wirtschaftliche Abstieg wird dabei nicht als Folge einer dem Problem unangemessenen Wirtschafts- und Geldpolitik wahrgenommen, sondern als Ergebnis davon, daß unzureichende Mehrheiten in den Verfassungsorganen es nicht erlaubten, für den Wirtschaftsaufschwung nötige Reformen durchzusetzen. Tatsächlich muß man über diesen Umstand froh sein, denn wenn die Politik freien Lauf hätte, würde sie mit ihren Konzepten die Beschäftigung nicht erhöhen können, ohne den Wohlstand in Deutschland erheblich abzusinken.

Die Wirtschafts- und Geldpolitik wurden seit der deutschen Einheit einem Wandel unterworfen. Es war aber keine Wende zum Besseren, sondern eine durch fehlerhafte theoretische Begründung erfolgte Abwendung vom bisher erfolgreich angewendeten Kurs. Man muß deswegen noch nicht glauben, daß zuvor bessere theoretische Begründungen für die Politik verfügbar waren. Wenn dies nicht so war, dann lag es daran, daß die Praktiker der Zentralbank und der Ministerien sich auf ihre Erfahrung eher verlassen haben, als auf den Rat der wechselnden und insgesamt mit Bezug auf die Behandlung der Probleme auf dem Arbeitsmarkt wenig überzeugenden Lehrmeinungen.

Die erste Auflage dieses Buches ist in erfreulich kurzer Zeit vergriffen gewesen. Ich nehme dies zum Anlaß, die zweite Auflage in vieler Hinsicht zu erweitern und zu aktualisieren. Neben vielen kleinen Veränderungen und Erweiterungen in allen Kapiteln ist insbesondere das abschließende Kapitel stark vermehrt worden. Zwei Kapitel, nämlich das über die theoretische Begründung von Angebot und Nachfrage im Arbeitsmarkt und das über die aktuell diskutierte Flexibilisierung der Löhne durch Öffnung der Flächentarifverträge sind hinzukommen.

Berlin, im Frühling 1998

Hans-Joachim Stadermann

Vorwort zur ersten Auflage

In den OECD-Staaten nähert sich die Zahl der Arbeitslosen jenen Ziffern der großen Weltwirtschaftskrise während der 30er Jahre. Die absoluten Zahlen sind aber für einen Vergleich ungeeignet. Dies gilt in einem besonders hohen Grad für Deutschland. Dort wurde unter Berücksichtigung aller unterschiedlichen Arbeitsmarktmaßnahmen und der in den vorgezogenen Ruhestand versetzten Personen im Frühjahr 1993 die Zahl von 6 Millionen Betroffenen erreicht. Es wurde damit genau die Ziffer festgestellt, die im Winter 1932/33 den Höhepunkt der Krise markierte. Unter Berücksichtigung der inzwischen um 33% Prozent höheren Wohnbevölkerung und der entschieden höheren Quote der Erwerbstätigen an der Wohnbevölkerung ergibt sich aber – selbst wenn Arbeitslosigkeit nicht von den sonstigen Maßnahmen unterschieden wird – erst eine ungefähr halb so hohe Bedeutung der absolut gleichen Ziffer.

Die absoluten Werte der heutigen Arbeitslosigkeit lassen sich nicht mit denen der Weltwirtschaftskrise gleichsetzen

Dennoch kann, wenn 1/7 der Personen, die am Erwerbsleben teilhaben wollen, in Untätigkeit gehalten wird, nicht mehr bestritten werden, daß es sich um ein schwerwiegendes Problem handelt. In der öffentlichen Diskussion fehlt es dann auch nicht an der stets wiederholten Beteuerung, die Arbeitslosigkeit sei eine wichtige, oder wie manche betonen, die wichtigste Herausforderung für die Wirtschafts-, Geld- und Finanzpolitik in Deutschland. Allerdings setzt eine angemessene Reaktion auf die Ergebnisse aus dem Arbeitsmarkt ein Verständnis der Vorgänge auf diesem Markt voraus. Die erkennbaren Absichten der Arbeitsmarktpolitik weisen nicht auf eine sichere Kenntnis der Ursachen des Problems hin. Realisiert wird ein umfangreiches Bündel von Maßnahmen, die darauf gerichtet sind, Arbeitslose zu unterstützen oder sie dem Arbeitsmarkt durch Lohnersatzleistungen in Maßnahmen zur Wiedereingliederung und Weiterbildung fernzuhalten. Darüber hinaus erschöpft sich die Wirtschaftspolitik darin, niedrigere Löhne in Gestalt der Öffnung von Tarifverträgen für schwer vermittelbare Anbieter von Leistungen im Arbeitsmarkt zu fordern und Unternehmen, die Langzeitarbeitslose beschäftigen, finanzielle Anreize dazu gewähren. In den ostdeutschen Bundesländern

Arbeitslosigkeit ist ein Feld für viele Politiken

werden beispielsweise seit dem April 1997 Lohnzuschüsse von bis zu 1923 DM pro Monat an Unternehmer gezahlt, die bestimmte Arbeitslose beschäftigen.

*Arbeitsmarkt-
politik fördert
nicht immer
Mehrbeschäfti-
gung*

Erfahrung lehrt, daß jedem Abschwung ein Aufschwung folgt. Eine merkliche Besserung der Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt wird sich also auch für das gegenwärtige Arbeitsmarktproblem *irgendwann* einstellen. Im Gegensatz zu diesem Gemeinplatz ist die Frage, ob die Arbeitsmarktmaßnahmen diese Rückkehr zu Mehrbeschäftigung fördern und damit erfolgreich genannt werden können, einer Diskussion würdig. Für manche ihrer Ausprägungen ist mehr als nur zweifelhaft, ob die Antwort darauf positiv ausfällt. Immer wieder wird auch ordnungspolitisch bedenklich gehandelt. Für die genannten Lohnzuschüsse ist beispielsweise strittig, ob sie eine (zulässige) Förderung von Arbeitnehmern mit Marktzugangsschwierigkeiten oder eine (unzulässige) Subventionierung von Unternehmern sind. Der Erfolg der Politik wird insbesondere dort ausbleiben, wo sie nicht zwischen einer konjunkturellen Arbeitslosigkeit, die systembedingt in der Geldwirtschaft ist und einer durch Sozialstaatsmaßnahmen verfestigten Langzeitarbeitslosigkeit unterscheidet.

Während sich die konjunkturelle Arbeitslosigkeit mit dem Aufschwung von selbst aufheben wird, wird die durch unverständige Maßnahmen der Sozialpolitik verfestigte Arbeitslosigkeit möglicherweise eine immer größere Ausweitung finden. Die teilweise Fehleinschätzung der Arbeitslosigkeit, die auch in der Vielzahl der Arbeitsmarktmaßnahmen zum Ausdruck kommt, zu beheben, wird schwierig sein. Davon ist auszugehen, weil die angewachsene Zahl der Anwälte einer Expansion des Sozialstaates vor allem in Projektmachern in den Bildungsträgern politischer Organisationen und öffentlich Bediensteten besteht. Diese beziehen ihr Einkommen auch oder gar ausschließlich aus dem Angebot kontraproduktiver Maßnahmen.

*Falsche Urteile
über die Ar-
beitslosigkeit
können die
Wirtschaftsord-
nung gefährden*

Der Text versucht durch Kürze ein breiteres Publikum zu erreichen, als es ökonomischen Texten in der Gegenwart gewöhnlich beschieden ist. Er wendet sich insbesondere an diejenigen, die mit der Verteidigung liberaler Werte dazu beitragen wollen, daß Menschen in der Gesellschaft sich frei, chancengleich und verantwortlich entwickeln können. Zur Verwirklichung dieser Absicht genügen die klassisch liberalen Grundsätze nur bedingt. Die hier vorgelegten elf Kapitel sollen an verschüttetes bewährtes Gedankengut ebenso erinnern, wie sie zur Neubesinnung aufrufen. Dies insbesondere, indem sie zei-

gen, warum nicht das Lohnniveau und die Staatsausgabenexplosion an sich die gefährlichsten Bedrohungen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in Deutschland sind. Die größte Gefahr geht von einem falschen Urteil über die Arbeitslosigkeit und deren mögliche Konsequenzen aus. Eine Staatsausgabenflut im Sozialbereich ist eine der Folgen derartiger Fehleinschätzungen. Sie kann zur Bedrohung der Gesellschaftsordnung dann führen, wenn die öffentlichen Haushalte die Kraft verlieren, die Kosten ihrer zum Scheitern verurteilten Maßnahmen durch ordentliche Staatseinnahmen zu finanzieren.

Mögen diese wenigen Seiten das Bewußtsein davon beleben, daß auch eine funktionstüchtige Wirtschafts- und Sozialordnung permanent von Zerstörung bedroht ist. Vor allem sollen sie sichtbar machen, wie wahrscheinlich die Möglichkeiten des Sozialstaates sich erschöpfen müssen und Willkürherrschaft das Ergebnis sein wird, wenn die Gefahr in falschen Tatbeständen verborgen vermutet wird. Griechenlands Mythen zu durchforsten, lohnt auch in der modernen Welt. Der Mythos vom Trojaner LAOKOON liefert ein Gleichnis dafür, daß eine Gesellschaft eine unmittelbar wahrnehmbare Erscheinung falsch interpretieren und damit ihr Verhängnis besiegeln kann.¹ Bezogen auf die Arbeitslosigkeit wird einer modernen Gesellschaft das Scheitern nicht erspart bleiben, wenn sie ihre Gründe nicht richtig verstehen lernt. Es gibt vor allem zwei Arbeitslosigkeitsarten. Eine ist die Evolutionsarbeitslosigkeit. Eine Wirtschaft, die nicht mit ihr zu leben lernt, wird sich die Möglichkeiten des wirtschaftlichen Wachstums versperren. Die zweite ist die Arbeitslosigkeit im Wohlfahrtsstaat. Eine Gesellschaft, die sie aus Mißverständnis ihrer Entstehungsgründe mit Konzepten der traditionellen Arbeitsmarktpolitik bekämpft, wird sie nur fördern.

Um Mißverständnissen vorzubeugen: Beide Arten von Arbeitslosigkeit sind für die von ihr als Arbeitslose Betroffenen in der Mehrzahl der Fälle unfreiwillig. Nur die Theorie des Arbeitsmarktes gefällt

¹ Nach VERGILS Überlieferung ereiferte sich LAOKOON gegen das der ATHENE geweihte hölzerne Roß, das die Griechen bei ihrem vorgetäuschten Abzug zurückgelassen hatten. Er durchbohrte es mit seiner Lanze. Danach opferte er dem POSEIDON am Meer einen Stier. Zwei Schlangen steigen dabei aus dem Wasser, erwürgen LAOKOON und seine beiden Söhne und lassen sich dann auf der Burg unter dem Bildnis der ATHENE nieder. Durch dieses Wunder sahen die Trojer die Erzählung vor dem heiligen Rosse bestätigt und beschließen, ihre Mauern zu öffnen, um es in die Stadt holen zu können.

sich darin, ihre eigene Unfähigkeit, Unfreiwilligkeit mit den Mitteln ihres Modells zu fassen, als starken Nachweis für eine freiwillig nur zu interpretierende Arbeitslosigkeit zu halten.

Die Arbeitsmarkttheorie hat sich zu einer stark mathematisierten Variante der Volkswirtschaftslehre entwickelt. Dies war mit ein Grund dafür, daß die keynesianischen Konzepte vom Nachfragemangel als letzten Grund der Arbeitslosigkeit als unzutreffend zurückgewiesen werden konnten. Die Arbeitslosigkeit erschien wieder freiwillig, weil den Keynesianern von den neoklassischen Mathematikern ein schwerer Modellmangel gezeigt werden konnte. Das Gleichgewicht im Vermögensmarkt und im Gütermarkt war in diesem Modell mit dem Ungleichgewicht im Arbeitsmarkt nur deswegen dauerhaft vereinbar, weil die Keynesianer unvollständige Bedingungen des Gleichgewichts formuliert hatten.

Dieses Erfolgserlebnis taugt aber nicht dazu, die Notwendigkeit oder auch nur die Überlegenheit der mathematischen Darstellung für die Wirtschaftswissenschaft zu demonstrieren. Jede Erzählung eines Stoffes kann ausdrücken, was eine Gleichung zeigt. Die Möglichkeit der unvollständig formulierten Gleichgewichtsbedingungen und Verhaltensannahmen ist nicht auf die erzählende Darstellung beschränkt. Daß etwas *mit den angewendeten* Argumenten gerechnet oder nicht gerechnet werden kann, entscheidet ebensowenig über die Angelegenheit oder Unangemessenheit einer Erklärung eines Sachverhaltes, wie die Frage, ob er mit den stilistischen Mitteln und dem verfügbaren Wortreichtum erzählt werden kann oder nicht erzählt werden kann. Wie viel schlimmer es um die Evidenz der mathematischen Wirtschaftswissenschaft bestellt ist, wird leicht einsehbar: In den meisten Fällen zeigt sie gar nicht, daß man ein Problem rechnen kann, sondern daß man es rechnen *könnte*. Das ist vergleichbar mit der Aussage, daß man eine Geschichte erzählen könnte.

Berlin im Frühling 1995

Hans-Joachim Stadermann

1. Einleitung

Nach der biblischen Überlieferung war die Arbeit dem Adam als Strafe auferlegt. Im Schweiß seines Angesichts sollte er sein Brot essen, weil er im Paradies frevelte.² In der Tat haben in der Zivilisation der Menschen bisher die Zeiten vorgeherrscht, in denen große Teile der Bevölkerung in Sklaverei, Leibeigenschaft und Zwangsarbeit gehalten wurden. Diese Systeme der Wohlfahrtsproduktion hatten, um für eine zahlenmäßig kleine Herrscherschicht ausreichend Güter hervorbringen zu können, eine schier unersättliche Nachfrage nach Arbeitskräften. Das „Brot“, das die Geknechteten im Gegenzug erhielten, war oft so bemessen, daß sich der Schweiß mit Tränen beim Essen mischte.

*Arbeit war einst
Plage*

Als es nicht mehr Zwang war, was die Menschen zur Arbeit anhielt, war es die Not. Ein Mensch, der Arbeit leistete, zeigte damit nach dem Selbstverständnis noch des 19. Jahrhunderts, daß er kein „Einkommen“ hatte, also nicht aus dem Überschuß aus der Beschäftigung der Arbeit anderer und der Natur seinen Unterhalt bestreiten konnte. Für diejenigen, die Arbeit meisten mußten, ergab sich damit ein neues Problem: Nicht jede Arbeit, die Nützlich hervorzubringen geeignet war, fand auch eine Nachfrage. Beschäftigt wurde vielmehr nur noch die Arbeit, die ein der Höhe nach bestimmtes *Geldeinkommen* im Sinne eines *produit net*, eines Nettoüberschusses über die Kosten der Produktion und der Beschäftigung zu erzielen erlaubte.

Deswegen scheinen moderne Wirtschaften wundersam organisiert. Seitdem sich die Bürger aus jenen Herrschaftssystemen befreit und eine Wirtschaft organisiert haben, die wesentlich als ein Wettbewerb der Produzenten um ein knappgehaltenes Geld funktioniert, besteht im Verhältnis zu den Zwangswirtschaften eine vollkommen umgekehrte Situation. Die Bücher der Wirtschaftstheorie lehren zwar nach wie vor, eine Knappheit der Ressourcen sei gegeben. Es besteht in der erlebbaren Wirtschaftswirklichkeit dagegen jedoch ein immer wiederkehrender Über-

*Heute konkurrieren
Arbeiter um
Beschäftigung*

² Moses 3, Vers 19.

schuß an Arbeitskräften und an Ressourcen aller Art. Statt Mangel herrscht überall dort, wo monetäre Wirtschaftssteuerung wirksam organisiert ist, Überfluß. Überfluß allerdings nicht in einem absoluten Sinne. Es besteht keine Übersättigung. Die Fülle besteht mit Bezug auf die durch ein knappgehaltenes Geld begrenzte Nachfrage, die die Ressourcen in Produktionen beschäftigen und die fertigen Güter dem Konsum zuführen könnte. Die traditionelle Wirtschaftstheorie steht dem durch ein Mißverständnis des SAY'schen Gesetzes oft ratlos gegenüber. Sie begreift nicht, daß auch dort, wo immer die Einkommen das damit erzeugte Produkt kaufen können, längst nicht gesichert ist, daß auch alle Ressourcen, die beschäftigt werden könnten, zur Produktion von Gütern herangezogen werden müssen.

Die Klage über die Fron ist der Forderung auf ein Recht auf Arbeit gewichen

Glaubt man der öffentlichen Meinung, dann ist Arbeitslosigkeit als Geißel an die Stelle jener Überlast getreten, mit der die Arbeit den Menschen in der Sklavenwirtschaft und dem Feudalismus beschwerte.³ Entsprechend ist an die Stelle der früher häufigen Beschwerde über die Härte der Fron die Forderung nach einem *Recht auf Arbeit* getreten.⁴ Arbeit wird nicht mehr ausschließlich als Last empfunden, sondern als wesentlicher Bestandteil an der Selbstverwirklichung des Menschen betrachtet.

In Geldwirtschaften ist zuweilen ein solches Recht sogar in der Konstitution verankert. Allerdings ist es dann durch Nebenbedingungen stets ausgehöhlt und kann nirgends individuell eingefordert werden. In Deutschland wird dennoch ein solches Recht nur in einzelnen Landesverfassungen zugestanden. Für die Politik des Bundes und der Länder besteht nur durch das Gesetz zur „Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft“ aus dem Jahre 1967 die Verpflichtung, die wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen so zu treffen, daß sie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung auch zu einem hohen Beschäftigungsstand beitragen.

Die Forderung nach Vollbeschäftigung des verfügbaren Arbeitsmarktangebotes ist allerdings äußerst unscharf. Sie legt keine Rechen-schaft darüber ab, bei welcher *Angebotsmenge* Vollbeschäftigung ange-

³ Siehe hierzu: Otto von ZWIEDINECK-SÜDENHORST, Sozialpolitik, Leipzig und Berlin 1911, S. 333 ff.

⁴ Erstmals geschah dies wahrscheinlich durch F. M. C. FOURIER, *Théorie de l'unité universelle* (1822), Buch II, Kapitel VII, in: *Œuvres complètes de Charles Fourier*, Band 3, 2. Auflage Paris 1841, S. 181. Deutsch: Charles FOURIER, *Ökonomisch-Philosophische Schriften*, Lola Zahn (Hrsg.), Berlin 1980, S. 80.

nommen werden soll. Sie nimmt auch nicht Stellung zur Frage, was die *Kosten* dieser Vollbeschäftigung sein könnten. Statt dessen erweckt sie den Eindruck, daß jedes in den Markt drängende Angebot mit Vorteil für die Gesellschaft auch beschäftigt werden könnte. Die Annahme, die dies Ergebnis stützt, besteht darin, daß die Mehrbeschäftigung aus dem Reservoir des bislang nicht nachgefragten Angebotes unter sonst gleichen Bedingungen erfolgen könnte.

Tatsächlich liegen die Dinge anders. Einfach wäre es für die Wirtschaftspolitik, Vollbeschäftigung zu verwirklichen, wenn nicht auf deren Kosten geachtet werden müßte. Die *Kosten einer Vollbeschäftigung* bestehen, wenn Wohlfahrt mit Güterreichtum der Einzelwirtschaftler gleichgesetzt werden darf, in einem gesamtgesellschaftlichen *Wohlfahrtsverlust*. Dieser wird um so größer sein, je bedingungsloser man das Recht auf Arbeit auslegt. Er entsteht aus der für eine Mehrbeschäftigung nötige Absenkung des bislang realisierten Standes der Technik in der Güterproduktion. *Mehr Beschäftigung* wird dann mit *weniger Produkt* und höherem Verbrauch sonstiger Ressourcen zusammenfallen.

Die Forderung nach Vollbeschäftigung ignoriert deren Kosten

Im internationalen Wettbewerb wird dieser Sachverhalt gut mittels des Wechselkurses ausgedrückt. Nach einer Meldung des TAGESSPIEGELS vom 30. August 1994 kostet eine Tasse Kaffee im Restaurant des neuen Flughafens in Osaka 32 Deutsche Mark. Am gleichen Tage konnte man im tschechischen Marienbad für diesen Preis in einem „gutbürgerlichen“ Hotel mit Frühstück übernachten. Eine Nacht im Vier-Sterne-Hotel kostete dort für DM-Verdiener zwei japanische Tassen Kaffee. Der Zusammenhang bleibt unverstanden, solange man nicht sieht, daß ein Japaner zwischen zwei Tassen heißen Kaffees im eigenen Lande und einer Übernachtung mit komplettem Frühstück in einem tschechischen Luxus-hotel wirklich wählen kann und vor allem, warum er das kann.

Tschechien und Japan illustrieren die Wirkung von Vollbeschäftigungspolitik

Das Umgekehrte gilt uneingeschränkt: Ein Tscheche erhält für den Teil seines Einkommens, mit dem er in der Heimat in Marienbad den Service einer Nacht im einfachen Hotel bezahlen kann, auf dem Flughafen von Osaka eine Tasse Kaffee. Um es noch schärfer zu formulieren, könnte man das Durchschnittseinkommen einer Arbeitskraft in Tschechien in japanischen Tassen Kaffee messen. Dabei würde sich zeigen, daß die meisten Arbeitskräfte in diesem Land zu der betrachteten Zeit für weniger als eine japanische Tasse Kaffee pro Werktag gearbeitet haben.

Die Auflösung des rätselhaft erscheinenden Zusammenhanges ist einfach. Der ganz überwiegende Teil des Sozialproduktes Japans wird da-

mals wie heute ohne Rücksicht auf die Beschäftigungsmenge mit einer sehr effizienten Technik hergestellt. Das hiermit verbundene Arbeitsmarktproblem erscheint in Japan kleiner als es ist: Arbeitslosigkeit trifft hier zuerst statistisch nicht erfaßte Arbeiter. Es sind Ausländer in den Zulieferbetrieben und nicht die japanischen Stammebelegschaften der Großindustrie. Der in Gütern gemessene Lohn ist für die Beschäftigten bei dieser Lösung entsprechend hoch.

In Tschechien beschäftigte man zu jener Zeit mit einer durch 40 Jahre Sozialismus in der Substanz ausgehöhlten und veralteten Technik arbeitsintensiv eine hohe Zahl von Arbeitskräften. Wie im Feudalismus gab es im Sozialismus einen unstillbaren Hunger nach immer weiteren Ressourceneinsätzen, um auch nur das bisherige Niveau der Produktion halten zu können. Die Systeme des europäischen Sozialismus' sind an eben der darin zum Ausdruck kommenden Unfähigkeit, Ressourcen im Zusammenhang mit wirtschaftlicher Entwicklung freisetzen zu können, gescheitert. Bestehen konnte diese Unwirtschaftlichkeit nur durch die Entkoppelung von Preisen und Löhnen. Nach der Transformation der Staatsherrschaft in monetär gesteuerte Wirtschaftsprozesse mußte aber jenseits kurzer Fristen die Summe der gezahlten Löhne und sonstigen Einkommen mit der Summe der Preise der Güter wieder identisch werden. Für die Entlohnung der tschechischen Arbeit blieb nun nur die Differenz zwischen den Zinsen, den Kosten der zum Teil zu importierenden Vorleistungen und dem Marktpreis des Produktes. Die hohe Intensität des Arbeitseinsatzes konnte unter den Bedingungen eines geschlossenen Währungsraumes (anders als in Ostdeutschland) konserviert werden. Die Abwertung der tschechischen Krone erlaubt, die Arbeiter, deren Entlassung sonst unvermeidlich wäre, mit absolut unverändertem Lohn in der Höhe des Preises einiger japanischen Tassen Kaffee pro Monat in Beschäftigungsverhältnissen zu halten.⁵

Auf dem Weltmarkt haben am Ende die Industrieprodukte Tschechiens – sofern sie gleichen Standards genügen – einen den japanischen sehr ähnlichen Preis. Das geschieht, weil nur mit sehr großen Mengen tschechischer Arbeit die zu importierenden oder exportierbaren heimischen Rohstoffe für die Industrieproduktion von den Unternehmen erworben werden können. Tschechische Unternehmen produzieren derart

⁵ Der Mindestlohn, der in derartigen Beschäftigungsverhältnissen im Jahre 1994 gezahlt wurde, betrug 1600 Kronen im Monat. Zum laufenden Wechselkurs von ungefähr 6 DM pro 100 Kronen bedeutet das ein Monatseinkommen von etwa 100 Deutsche Mark.

mit billigen Arbeitskräften und teuren Rohstoffen und fremden Vorleistungen. Für japanische Unternehmen gilt das Umgekehrte. Beide aber hätten insgesamt ähnliche Totalkosten für vergleichbare Produkte. Tatsächlich aber reicht die Produktion mit unpräziser Technik und viel Arbeit keineswegs an Qualitätsstandards heran, die durch automatisch gesteuerte Maschinerie erreicht wird. Menschliche Arbeit schafft zumindest in Massenproduktionen erhebliche und nicht zu überwindende Abweichungen vom idealen Produktionsergebnis an jedem einzelnen Werkstück. Aus den Paßungenaugigkeiten im Zusammenspiel der Einzelteile ergeben sich erhebliche Qualitätsprobleme. Deswegen haben die Produkte Tschechiens und vergleichbarer Länder Preise auf dem Weltmarkt, die das Niveau der Produkte westliche Industrienationen nicht erreichen.

Das Argument, die Beschäftigungspolitik habe einen sozial befriedenden Charakter, wird oft benutzt. In diesem Zusammenhang wird behauptet, ein allgemeiner Wohlfahrtsverlust könne der Gesellschaft zu diesem Zweck zugemutet werden. Zweifel sind hier aber angebracht. Es werden nicht alle Einkommen an den niedrigen Durchschnitt gefesselt. Leistungen, die beispielsweise von erfolgreichen Selbständigen und Freiberuflern erbracht werden, sprengen derartige Grenzen. Damit entsteht eine sozial nicht weniger als die Arbeitslosigkeit brisante Situation. Die zur Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung hinzunehmende Auseinanderentwicklung der Einkommen zwischen Abhängigen und Unabhängigen nimmt stets dramatische Formen an.

Auch Vollbeschäftigung kann sozial brisant sein

Da der Wechselkurs für beide Länder weder aus den Leistungen im Hotelgewerbe, noch durch die Leistungen Selbständiger merklich bestimmt wird, kommt es zu dem beschriebenen Ergebnis. Das Lohnniveau bildet sich in Japan wie in Tschechien über die Branchengrenzen ähnlich heraus. In der Hotellerie wird jedoch relativ zur Industrieproduktion wenig Technik eingesetzt. Der Abstand in der Ressourcenintensität des Produktes ist entsprechend in dieser Branche gering. Für Inländer mit eigenem Arbeitseinkommen stellen in Japan 2 Tassen Kaffee auf dem Flughafen Osaka eine vernachlässigbare Ausgabe dar. Der Aufenthalt in einem Luxushotel ist dagegen den meisten Tschechen selbst für eine einzige Nacht schwer erschwinglich. Deutlicher kann der Preis der Vollbeschäftigungslösung kaum ausgedrückt werden.

Das Lohnniveau wird in den Sektoren hauptsächlichster Beschäftigung bestimmt

Ob die Wohlfahrt in Japan oder in Tschechien größer ist, hängt von den zu bestimmenden Kriterien für *Wohlfahrt* ab, die gewählt werden. In ferner Vergangenheit bestand der Sinn einer wirtschaftlichen Lebensführung – wenn man der Überlieferung trauen darf - darin, etwas zu *werden*.

Wirtschaften zielt auf Haben und nicht auf Sein

Etwas werden und dann sein kann man in einer nicht aristokratischen Gesellschaft nur durch Arbeit. In der Moderne sehen Menschen gewöhnlich den Sinn des Wirtschaftens darin, Güterbesitz zu *haben*. Aus der Sicht der modernen Wirtschaftswissenschaft ist die Antwort auf die Frage nach dem Wohlfahrtskriterium daher eindeutig: Es kommt nicht darauf an, viel zu arbeiten um etwas zu sein, sondern darauf, viele Güter für den Konsum in der Volkswirtschaft verfügbar zu haben. Danach ist in dem Beispiel die japanische Art zu produzieren, die überlegene. Daß damit mehr oder minder viele Arbeitskräfte nicht zum Zuge kommen, wäre unerheblich. Insbesondere wäre es dies, wenn Unbeschäftigte so unterstützt werden könnten, daß auch für sie das Einkommen höher oder zumindest nicht niedriger als im Fall ihrer Anstellung in der denkbaren Vollbeschäftigungslösung wäre.

*Der Sozialstaat
bietet Einkommen aus belastungsarmen
Jobs*

Volkswirtschaftlich gehört zu jedem Niveau der Unterbeschäftigung auch ein Niveau der gesamtwirtschaftlichen Wohlfahrt. Diesen Umstand können Sozialstaatspropagandisten nutzen. Sie versprechen, daß Vollbeschäftigung bei hoher in Gütern gemessenen Wohlfahrt erreicht werden könnte, wenn nur genügend institutionelle Vorkehrungen in der Gesellschaft getroffen würden. Sie übergehen jedoch, daß diese Vorkehrungen selbst einer sonst zu Güterproduktion gezwungenen Gruppe von Projektmachern Anteil am Sozialprodukt sichert und daß das Sozialprodukt nicht mit der Beschäftigungsmenge steigen, sondern unter sonst gleichen Bedingungen sinken wird.⁶ Statt dessen erregen sie sich publikumswirksam. Sie klagen, daß sich ihr Angebot von Leistungen des Sozialstaats getreu nach SAYs Gesetz selbst eine (sonst nicht vorhandene) Nachfrage von als unwürdig eingeschätzten Personen schafft. Die Kontrolle des Zugangs zu den Mitteln des Sozialstaates ist freilich nur realisierbar, wo weitere Einkommen verheißende belastungsarme Posten im öffentlichen Sektor geschaffen werden. Deren Fortbestand hängt nunmehr von der Existenz einer sozial unerträglichen Erwerbslosigkeit ab. Ein Schelm ist, wer die Verwaltung für zu ineffizient hält, um sich eine permanent hohe Arbeitslosigkeit als die eigene Bestandsgrundlage institutionell zu sichern.

*Vollbeschäftigung erfordert
Technikumkehr*

Nicht nur als schwierig, sondern als unmöglich erwies sich jeder Versuch, nicht nachgefragte Arbeitskräfte *zu den am Markt üblichen Bedingungen* zu beschäftigen. Eine Beschäftigung wäre nur möglich, wenn aufgrund niedrigerer Löhne eine Rückentwicklung der Technik

⁶ Das Ergebnis bleibt unsichtbar, weil es sich in wachsenden Wirtschaften als verringerte Wachstumsrate gegenüber einer unbekanntem sonstigen Entwicklung einstellt.

realisierbar würde. Dies unterbleibt, weil die dazu erforderliche Lohnminderung nicht durchsetzbar ist. In den Ausdrücken der liberalen ökonomischen Theorie spricht man dann nicht von Unterbeschäftigung, wenn sie dadurch eintritt, daß die Löhne nach unten fix sind. Die Mehrbeschäftigung ermöglichende Technikänderung kann dann nicht stattfinden, weil die Anbieter von Arbeitsleistungen es vermeiden, ihren Lohn im Arbeitsmarkt durch nachhaltige Angebote der Unbeschäftigten auf den Vollbeschäftigungslohn herabzunkurrieren.

Das Technikproblem wird oft verdrängt, indem unterstellt wird, die über nach unten flexible Löhne beschäftigbaren Arbeitskräftewürden im Dienstleistungsbereich absorbiert. Beispiele dafür findet man im Supermarkt in den USA, wo Hilfskräfte an der Kasse Tüten mit der gekauften Ware des Kunden füllen. Die Liste der Beispiele erschöpft sich aber recht schnell. Schon die Boten und Hamburger-Flipper können nicht ohne eine bestimmte Technik beschäftigt werden und es ist durchaus realistisch anzunehmen, daß ihre Jobs durch Technik wesentlich weniger arbeitsintensiv gestaltet würden, wenn die Löhne nicht so gering wären.

Die liberale Theorie des Arbeitsmarktes vermutet ein Nutzenkalkül dort, wo es an der Bereitschaft mangelt, sinkende Lohnsätze hinzunehmen. Sie zögert deswegen nicht, den Tatbestand als *freiwillige Arbeitslosigkeit* zu bezeichnen. Mit dem Fortschreiten des Sozialstaates ist das Ereignis aber nicht mehr auf die Arbeitslosen zu beschränken: Expandierende Verwaltungen des öffentlichen Sektors schaffen mit den vielfältigen Instrumenten der Sozialpolitik bewußt oder unbewußt Formen der *als-ob-Beschäftigung* von *als-ob-Arbeitslosen*. Sie schaffen sich damit Einkommensmöglichkeiten und verschleiern die tatsächliche Arbeitsmarktlage. Eine Einsicht in das Ungleichgewicht am Markt wird unmöglich, weil ein Teil der durch Mitteleinsatz im Arbeitsmarkt *gehaltenen* Personen nur der Staatsaufblähung den Anlaß liefert. Immer mehr Verwaltung sichert mit immer mehr direkt und indirekt durch sie verursachten Kosten und immer weniger am Güterreichtum der Einzelwirtschaftler gemessenen Erfolg, die Bindung einer immer größeren Zahl von Menschen in vermeintlich zukünftig zur Arbeitsaufnahme unter sonst gleichen Bedingungen befähigenden Verhältnissen neben dem eigentlichen Arbeitsmarkt.

Staatsaufblähung stabilisiert einen Bestand unbeschäftigbarer Arbeitskräfte

Der Preis, den die Staatsaufblähung wirklich hat, ist höher als die Kosten, die als Einkommen für die Agenten des Sozialstaates resultieren. Er besteht vor allem in einem völlig vernachlässigten Resultat: Eine wachsende Zahl von Arbeitskräften degeneriert durch Gewöhnung an die

Wagners Gesetz wurde wiederholt angewendet

Nichtarbeit zu stumpfsinnigen und hilflosen Kreaturen. Adolph WAGNERS im 19. Jahrhundert formuliertes Gesetz von der *zunehmenden Staatstätigkeit*⁷ erhält vor diesem Hintergrund eine weitere Interpretationsmöglichkeit. WAGNER selbst hatte angenommen, die Wirtschaftler würden mit steigender Wohlfahrt ein immer größer werdendes Bedürfnis nach Sicherheit bekommen. Diese Sicherheit zu liefern, hat er als eine überwiegend öffentliche Aufgabe angesehen. Die Technokraten des Sozialstaates haben die Aussage erstmals gewendet. Sie behaupteten, nicht die steigende Wohlfahrt veranlasse die Wirtschaftler zum Ausbau der Staatstätigkeit, sondern die Wirtschaft werde immer unfähiger, Wohlfahrt zu produzieren. Nur der Staat könne durch sein wachsendes Engagement in die wirtschaftlichen Belange einen reibungsarmen und von Konjunkturschwankungen freien Ablauf der Wohlfahrtsproduktion der Gesellschaft noch sicherstellen. Am Ende erwarteten einige unter ihnen gar eine Überleitung der Marktwirtschaft in ein vollständig bürokratisch gelenktes System. Sogar der Verherrlicher der Unternehmerdynamik, Joseph Alois SCHUMPETER nahm dies an, wengleich ihm selbst eine solche Entwicklung weder notwendig noch erstrebenswert erschien.⁸

Die Sozialingenieure schaffen sich Sozialstaatsbedarf

Hier nun würde sich zeigen: Die von SCHUMPETER wahrgenommene wachsende Feindseligkeit gegenüber der liberalen Wirtschaft bestünde nicht ursprünglich. Vielmehr wäre sie nur Ausdruck der Nützlichkeitsabwägungen eigennütziger „Staatsdiener“. Statt eine vorgeblich immer hilfloser werdende Wirtschaft durch unverzichtbare Maßnahmen des Sozialstaates zu reparieren, drängen aus dieser Sicht die Sozialingenieure die Wirtschaftler und die Wirtschaftsabläufe in immer festeren Einbettungen zu den öffentlichen Kassen. An denen wird das von Bürokraten für ethisch gut empfundene und *ihr* Einkommen begründende Güterangebot als Zwangskonsum bereitgehalten. Statt wie vermutet die Produktion der Wohlfahrt zu sichern, lebt die Bürokratie und eine von ihr unterhaltene Projektmacherei aus dem Überschuß einer nach wie vor recht effizienten Güterproduktion.

Der öffentliche Sektor erfordert immer mehr Sozialprodukt

Der in dieser Vermutung enthaltene Verdacht wird durch die Abbildung 1 illustriert. Darin sind die Einkommensentwicklungen in (West-) Deutschland für die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (U & V), für die Einkommen aus nichtselbständiger Beschäfti-

⁷ Siehe: A. WAGNER, Staat (in nationalökonomischer Hinsicht), in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 2. Auflage Band 6, Jena 1901, S. 940 ff.

⁸ Siehe: J. A. SCHUMPETER, Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie (1942), Dritte Auflage München 1972, insbesondere S. 103 - 264.

gung und Einkommen im öffentlichen Dienst abgebildet. Die Graphik zeigt den Zuwachs des jeweiligen Nettosozialprodukts zu Faktorkosten auf der Basis 1960 = 100% an.

Man darf die Aussage des Diagramms allerdings nicht mißverstehen. Sie zeigt *nicht*, daß das Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen in Deutschland pro Kopf während der letzten 30 Jahre um das ausgewiesene Maß relativ hinter den Pro-Kopf-Einkommen aus unselbständiger Beschäftigung zurückgeblieben wäre. Es ist in der Vergangenheit auch die Zahl der Selbständigen und damit die Zahl der Bezieher derartiger Einkommen zurückgegangen. Von 1960 bis 1992 verringerte sie sich unter Einschluß der mithelfenden Familienangehörigen von 5,99 Millionen auf 3,05 Millionen.⁹ Die intendierte Aussage wird vielleicht noch deutlicher, wenn davon ausgegangen würde, es sei das Einkommen pro Kopf in allen Bereichen der Wirtschaft unverändert geblieben. Dann spiegelte sich in den Zahlen die unterschiedlich erhöhte Personalstärke der drei Beschäftigungsbereiche wider. Korrekt – aber mit Bezug auf die beiden möglichen Ausprägungen undeutlich – gesprochen ist der Anspruch des öffentlichen Sektors an die *Verteilung* des Sozialprodukts, sei es durch Einkommenssteigerungen oder durch Personalverstärkungen, im Verhältnis ganz außerordentlich gestiegen.

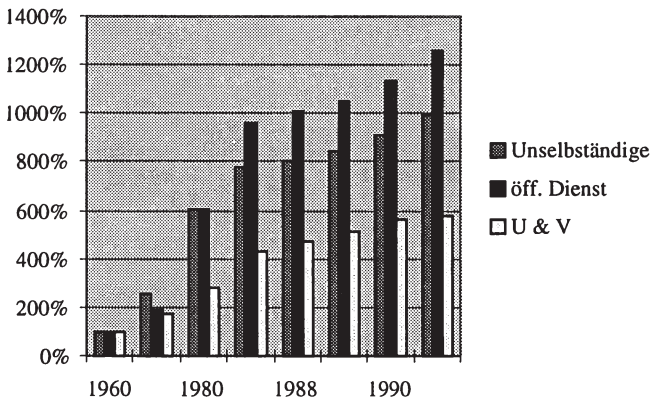


Abbildung 1: NSP 1960 bis 1991 für unterschiedliche Einkommensarten (Quelle: Statistisches Jahrbuch Bundesrepublik Deutschland 1993, S. 683)

⁹ Siehe: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1993, S. 114.

Die Aussage der nachfolgenden Überlegungen läßt sich in wenigen Worten zusammenfassen: Geldwirtschaft ist eine effiziente *Möglichkeit* der Wirtschaftssteuerung. Sie setzt permanent Ressourcen frei und garantiert damit das Überleben der mit Geld wirtschaftenden Gesellschaften bei sich erweiternden Möglichkeiten der Befriedigung stets neu zu kultivierender Bedürfnisse auch angesichts einer vermeintlich steigenden Knappheit der natürlichen Ressourcen.

Für Gesellschaften, die neue Bedürfnisse langsamer kultivieren als sie in der Konkurrenz des Weltmarktes gezwungen werden, ihre Effizienz in der Güterproduktion zu steigern, entsteht ein Problem: Da die freigesetzten Ressourcen nicht nur natürliche Rohstoffe, sondern auch Arbeitskräfte sind, befindet sich die ökonomische Effizienz der Gesellschaft in einer Spannungsbeziehung mit der individuell zu ertragenden Arbeitslosigkeit und fordert damit die Wirtschaftspolitik zur Kompensation sozialer Härten heraus. Die wirtschaftspolitische Antwort wird um so aufwendiger sein können, je höher der die Effizienz der Beschäftigten ist und damit je mehr Produkt zur Umverteilung verfügbar ist. Hochgradige Effizienz der beschäftigten Arbeitskräfte erlaubt, Arbeitskräfte, die den Standard der Effizienz in der Gesellschaft mit ihrer individuellen Leistung nicht erreichen, durch Subvention, Kartell und Handelsbeschränkung beschäftigt zu halten. Die partielle Produktionen im Agrarsektor und der Bergbau liefern die deutlichsten Beispiele hierfür.

Hohe Effizienz erlaubt aber auch Projektmachern, Soziales¹⁰ zu tun. Sie wählen sich in vielfältiger Weise die Arbeitslosen zum Objekt ihres Geschäftsfeldes. Wegen des von der herrschenden Arbeitsmarkttheorie vermittelten falschen Zusammenhanges gelingt es ihnen, öffentliche Mittel dafür zu erhalten, daß sie mit ihren Dienstleistungen der Arbeitslosigkeit angeblich abhelfen. Tatsächlich aber können sie nichts dazu beitragen, sondern nur wie Subvention, Kartell und Handelsbeschränkung die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft im allgemeinen senken und damit nichts anderes als einen der bedeutendsten Gründe der Arbeitslosigkeit verstärken. Es liegt wegen des parteiübergreifend gewährten Moralvorsusses, den die Projektmacherei immer noch genießt, kaum mehr in der Gewalt der Wahlberechtigten, das Wohlfahrt umlenkende Bereithalten von Sozialstaatseinrichtungen auf ein sinnvolles Ausmaß zu begrenzen. Die praktizierenden Wirtschaftspolitiker müssen sich erst von ihren fehlerhaften Ansichten über Gründe der Arbeitslosigkeit befreien, ehe sie den Wählern wieder eine Alternative anbieten können.

¹⁰ Siehe hierzu: F. A. HAYEK, Was ist und was heißt „sozial“?, in: Albert HUNOLD (Hrsg.) *Masse und Demokratie*, Erlenbach-Zürich und Stuttgart 1957, S. 71 ff.

Literaturverzeichnis

- ADLER, GEORG, Arbeitslosigkeit, Stichwort im Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Erster Band, 2. Auflage Jena 1898, S. 920 - 950.
- APEL, KARL - OTTO, Diskurs und Verantwortung: Das Problem des Übergangs zur postkonventionellen Moral, Frankfurt am Main 1990.
- BÖHM-BAWERK, E. v., Macht oder ökonomisches Gesetz? (1914), in: Gesammelte Schriften von Eugen von Böhm-Bawerk, Franz X. WEISS (Hrsg.), Wien 1924, Reprint Frankfurt am Main 1968, S. 230 - 300
- BERGER, E., Die liberale Arbeitsmarktverfassung und ihre Abwandlungen; in: Archiv für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie, XXIV. Band 1931, S.318 ff..
- BEVERIDGE, W. H., Full Employment in a Free Society, London 1944
- BONAR, G. J. (ed.), Letters of D. RICARDO to TH. R. MALTHUS, with preface and notes; Oxford 1887.
- BORCHARDT, KNUT, Plädoyer für eine offensive Verteidigung marktwirtschaftlicher Ordnungen, HANS RÖSSNER (Hrsg.) Rückblick in die Zukunft, Beiträge zur Lage in den achtziger Jahren, ohne Ort, ohne Jahr (Berlin 1981)
- BORCHARDT, KNUT. Keynes's nationale Selbstgenügsamkeit von 1933. Ein Fall kooperativer Selbstzensur, in: Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, 108. Jg. (1988), Heft 2, S. 271 ff..
- BRUNNER, KARL, Hat der Monetarismus versagt?, in: Kredit und Kapital, Band 18 (1985).
- DIEHL, KARL, Theoretische Nationalökonomie, Vierter Band; Lehre von der Distribution, Jena 1933.

- EDER, KLAUS, Die Entstehung staatlich organisierter Gesellschaften. Ein Beitrag zu einer Theorie sozialer Evolution, Frankfurt am Main 1976.
- ERHARD, LUDWIG, Deutsche Wirtschaftspolitik, Düsseldorf / Wien und Frankfurt am Main 1962
- FRIEDMAN, MILTON, Theorie der Preise (1976²), München 1977.
- FOURIER, CHARLES, Ökonomisch-Philosophische Schriften, Lola Zahn (Hrsg.), Berlin 1980.
- GIERSCH, HERBERT, Marktwirtschaftliche Perspektiven für Europa, Das Licht im Tunnel, Düsseldorf, Wien, New York und Moskau ohne Jahr (1993).
- GÜNTHER, ADOLF, Theorie der Sozialpolitik, Berlin und Leipzig 1922
- HABERMANN, GERD, Der Wohlfahrtsstaat, Die Geschichte eines Irrwegs, Frankfurt am Main / Berlin 1994.
- HABERMAS, JÜRGEN, Theorie des kommunikativen Handelns, 2 Bände, Frankfurt am Main 1988.
- HAYEK, FRIEDRICH. A., Was ist und was heißt „sozial“?, in: ALBERT HUNOLD (Hrsg.), Masse und Demokratie, Erlenbach-Zürich und Stuttgart 1957.
- HEGEL, G.W.F., Grundlinien der Philosophie des Rechts (1821), in: ders.: Werke in zwanzig Bänden (1832 - 1845), Frankfurt am Main 1970, Band 7
- HEGEL, G.W.F., Enzyklopädie der philosophischen Wissenschaften, in: ders.: Werke in zwanzig Bänden (1832 - 1845), Frankfurt am Main 1970, Band 8
- HERKNER, HEINRICH, Die Arbeiterfrage, Eine Einführung, 2 Bände, 8. Auflage Berlin und Leipzig 1922.
- HOBBS, THOMAS, Naturrecht und allgemeines Staatsrecht in den Anfangsgründen (1640), FERDINAND TÖNNIES (Hrsg.), Neudruck der Ausgabe von 1926 mit einem Vorwort von ARTHUR KAUFMANN, Darmstadt 1983.
- HOMANN, KARL, Ethik und Ökonomik, Einleitung, in: K. HOMANN (Hrsg.), Aktuelle Probleme der Wirtschaftsethik, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F. Band 211, Berlin 1992.

- JAMES, HAROLD, Deutschland in der Weltwirtschaftskrise 1924 - 1936, Darmstadt 1988.
- JASTROW, IGNATZ, Sozialpolitik und Verwaltungswissenschaft, Band I, Berlin 1902.
- KEYNES, JOHN MAYNARD. Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, München 1936.
- LASSALLE, FERDINAND, Offenes Antwortschreiben an das Zentral-Komitee zur Berufung eines Allgemeinen Arbeiter-Kongresses zu Leipzig, in: F. LASSALLE's Gesamtwerke, E. BLUM (Hrsg.), Leipzig ohne Jahr (1899 - 1901), Band 1.
- MALTHUS, THOMAS ROBERT, Eine Abhandlung über das Bevölkerungsgesetz (6. Auflage 1826), Jena 1925.
- MALTHUS, THOMAS ROBERT, Principles of Political Economy. Considered with a View to their Practical Application, 2nd edition, London 1836; deutsch: Grundsätze der Politischen Ökonomie, Berlin 1910
- MANDEVILLE, BERNHARD, Der unzufriedene Bienenstock oder die ehrlich gewordenen Schurken (1705), in: Mandevilles Bienenfabel, OTTO BOBERTAG (Hrsg.) München 1914.
- MARX, KARL, Das Kapital, Erster Band (1867), KARL KAUTSKY (Hrsg.), Stuttgart / Berlin 1922.
- MARX, KARL, Der 18te Brumaire des Louis Napoleon (1852), in: KARL MARX, Werke - Schriften - Briefe, HANS-JOACHIM LIEBER (Hrsg.), Band III/1, Politische Schriften, Darmstadt 1960, unter dem Titel: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, S. 270 ff..
- MANDEL, ERNEST, Die Deutsche Wirtschaftskrise, Lehren der Rezession 1966/67, Frankfurt am Main 1969.
- MISES, LUDWIG VON, Kritik des Interventionismus. Untersuchung zur Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsideoogie der Gegenwart, Jena 1929.
- MISES, LUDWIG VON, Die Legende vom Versagen des Kapitalismus, In: Der internationale Kapitalismus und die Krise, Festschrift für Julius Wolf zum 20. April 1932, SIEGFRIED V. KARDOFF, HANS SCHÄFFER, GÖTZ BRIEFS und HANS KRONER (Hrsg.), Stuttgart 1932, S. 23 ff..

- MISES, LUDWIG VON, Nationalökonomie. Theorie des Handelns und des Wirtschaftens (1940), Reprint München 1980.
- MOMBERT, PAUL, Einführung in das Studium der Konjunktur, Leipzig 1925.
- MYRDAL, GUNNAR, Jenseits des Wohlfahrtsstaates, Stuttgart 1961
- NAUMANN, FRIEDRICH, Neudeutsche Wirtschaftspolitik, Berlin 1907.
- OTTO, FRANZ (Hrsg.), Das Buch berühmter Kaufleute oder der Kaufmann zu allen Zeiten. Vorbilder, Charakter- & Zeitgemälde, vornehmlich Schilderungen interessanter Lebensgänge hervorragender Kaufleute, Industrieller, sowie Förderer des Handels, Leipzig und Berlin 1868.
- PIGOU, ARTHUR C., The Theory of Unemployment, London 1933
- RAWLS, JOHN, Eine Theorie der Gerechtigkeit (1971), Frankfurt am Main 1975.
- RECKTENWALD, H. C., Nationalökonomie und Gerechtigkeit. Grundsätzliches und Kritisches zur Verteilung und Umverteilung von Einkommen, in: W. J. MÜCKL und A. E. OTT (Hrsg.), Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik. Gedenkschrift für ERICH PREISER. Passau 1981, S. 401 ff..
- ROBINSON, JOAN, Die Gesellschaft als Wirtschaftsgesellschaft, Grundlagen und Entwicklung (1970), München 1971.
- RÖPKE, WILHELM. Jenseits von Angebot und Nachfrage, Erlenbach-Zürich und Stuttgart 1958
- ROSCHER, WILHELM, System der Armenpflege und Armenpolitik, Ein Hand- und Lesebuch für Geschäftsmänner und Studierende. 2. Auflage Stuttgart 1894.
- SACHVERSTÄNDIGENRAT zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 1970/71: Konjunktur im Umbruch - Risiken und Chancen -, Stuttgart und Mainz 1970.
- SCHUMACHER, HERMANN, Die Organisation des Weltmarktes für Qualitätswaren; in: Der internationale Kapitalismus und die Krise, Festschrift für JULIUS WOLF zum 20. April 1932, SIEGFRIED V. KARDOFF, HANS SCHÄFFER, GÖTZ BRIEFS und HANS KRONER (Hrsg.), Stuttgart 1932, S. 43 ff..
- SCHUMPETER, JOSEPH ALOIS, Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie (1942), Dritte Auflage München 1972.

- SELIGMAN, E. R. A., Die Lehre von der Steuerüberwälzung, Jena 1927.
- SHAFTESBURY, ANTHONY EARL OF, Untersuchung über die Tugend (1699), in ders.: Der gesellige Enthusiast, Karl - Heinz Schwabe (Hrsg.), München / Leipzig und Weimar 1990.
- SMITH, ADAM, Theorie der ethischen Gefühle (1759), WALTHER ECKSTEIN (Hrsg.), 2. Auflage Hamburg 1977.
- SMITH, ADAM, Der Wohlstand der Nationen. Eine Untersuchung seiner Natur und seiner Ursachen (1776), HORST CLAUS RECKTENWALD (Hrsg.), München 1974.
- SPREE, REINHARD, Lange Wellen, Historical Social Research - Historische Sozialforschung, Supplement No. 4 (1991).
- STADERMANN, HANS-JOACHIM, Ökonomische Vernunft. Wirtschaftswissenschaftliche Erfahrung und Wirtschaftspolitik in der Geschichte, Tübingen 1987.
- STADERMANN, HANS-JOACHIM, Wirtschaftspolitik. Grundlagen nationalökonomischen Handelns in einer monetär gesteuerten Weltwirtschaft, Tübingen 1992.
- STADERMANN, HANS-JOACHIM / STEIGER, OTTO, Der Stand und die nächste Zukunft der Geldforschung. Festschrift für Hajo Riese zum 60. Geburtstag, Berlin 1993.
- STADERMANN, HANS-JOACHIM, Die Ungeduld beim Aufschwung Ost. Ein Traktat über Geld- und Finanzpolitik, Frankfurt am Main / New York 1993.
- STADERMANN, HANS-JOACHIM, Die Fesselung des Midas. Eine Untersuchung über den Aufstieg und Verfall der Zentralbankkunst, Tübingen 1994.
- STADERMANN, HANS-JOACHIM, Geldwirtschaft und Geldpolitik. Einführung in die Grundlagen, Wiesbaden 1994.
- STEHR, NICO, Arbeit, Eigentum und Wissen, Zur Theorie von Wissensgesellschaften, Frankfurt am Main 1994
- STRUNDEN, H. Arbeitslosenversicherung, Stichwort im Staatslexikon, Erster Band, 5. Auflage Freiburg im Breisgau 1926.
- TOCQUEVILLE, ALEXIS DE, Über die Demokratie in Amerika (1840), München 1976, S. 637.

- ULRICH, PETER, Transformation der ökonomischen Vernunft, Bern 1986.
- WAGNER, ADOLPH, Staat (in nationalökonomischer Hinsicht), Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 6. Band, 2. Auflage Jena 1901, S. 940 ff..
- WIESE, LEOPOLD VON, Einführung in die Sozialpolitik, Leipzig 1910
- WILBRANDT, ROBERT / ISENBERG, GERHARD, Arbeitslosigkeit in Deutschland, in: M. L. FLEDDÉRUS (Hrsg.), International Unemployment. A Study of Fluctuations in Employment and Unemployment in Several Countries 1910 - 1930, The Haag 1932, S. 142 ff..
- ZWIEDINECK-SÜDENHORST, OTTO VON, Sozialpolitik, Leipzig und Berlin 1911

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: NSP 1960 bis 1991 für unterschiedliche Einkommensarten (Quelle: Statistisches Jahrbuch Bundesrepublik Deutschland 1993, S. 683)	21
Abbildung 2: Sozialhilfeempfänger in Deutschland (Quelle: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1994, S.497)	35
Abbildung 3: Altersstruktur der Sozialhilfeempfänger 1991 (in Tausend) (Quelle: Stat. Jahrb. Bundesrepublik Deutschland 1993)	37
Abbildung 4: Durchschnittlicher Anteil der Sozialhilfeempfänger an den einzelnen Altersjahrganggruppen (Quelle: Stat. Jahrb. Bundesrepublik Deutschland 1993)	39
Abbildung 5: Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland (ab 1991 vereintes Deutschland, 1997 Stand Juni.). Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank	56
Abbildung 6: Beschäftigung in Deutschland bis 1991 westliche Bundesländer (Quelle: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1994, S. 110 f., danach Monatsberichte der DBBk)	57
Abbildung 7: Arbeitslosigkeit im Verhältnis zu den offenen Stellen in Prozent (Quelle: P. Mombert, Konjunktur, S.110)	58
Abbildung 8: Die Arbeitslosigkeit im vereinigten Deutschland von 1992 bis 1994(in Tausend). Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank	68
Abbildung 9: Arbeitsmarktdiagramm für nach unten flexible Löhne	100
Abbildung 10: Angebot und Nachfrage nach Ressourcen	108
Abbildung 11: Anteile an der deutschen Erwerbsbevölkerung im Jahre 1993 (Quelle: Monatsberichte der DBBk)	114
Abbildung 12: Unterbeschäftigung der Ressourcen	126
Abbildung 13: Struktur des Aggregats der unbeschäftigten Erwerbspersonen in Tausend für die Jahre 1993/97 (Quelle: Monatsberichte DBBk)	135

- Abbildung 14: Arbeitsmarktbeschaffungsmaßnahmen in Ost und West
(Quelle: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland
1996, S. 126) 136
- Abbildung 15: Anteil der unterschiedlichen Leistungen und
Arbeitsmarktmaßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit im Durchschnitt
des Jahres 1994 (Quelle: Monatsberichte DBBk) 137
- Abbildung 16: Zunahme des Bruttoinlandsproduktes und der Beschäftigung
Unselbständiger in Westdeutschland von 1989 bis 1993. (Quelle:
Monatsbericht der DBBk, August 1994) 140
- Abbildung 17: Beschäftigung in Ostdeutschland 1993 bis 1996 (Quelle
Statistisches Jahrbuch 1996 für die Bundesrepublik Deutschland, S. 105.
Für 1996: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank Nr. 3, 1997, S.
65*) 141
- Abbildung 18: Arbeitsmarktmaßnahmen in den Bundesländern
Ostdeutschlands 1993 bis 1994 in Tausend (Quelle: Monatsberichte der
Deutschen Bundesbank) 142

Personenregister

- Adler 59 f., 199
Apel 184, 199
Bentham 187
Berger 46 ff., 199
Beveridge 59, 199
Böhm-Bawerk 74, 80, 199
Bonar 193, 199
Borchardt 33, 75, 199
Brunner 63, 199
Churchill 198
Diehl 99, 199
Eder 186, 200
Erhard 143, 200
Fourier 14, 200
Giersch 31, 80, 138, 200
Goethe 170 f.
Günther 192, 200
Habermann 33, 200
Habermas 184, 200
Haydn 168, 169
Hayek 22, 200
Hegel 26, 169, 171, 200
Herkner 43, 49, 200
Hobbes 185, 200
Homann 184, 200
Jagoda 124
James 61, 161, 201
Jastrow 46, 201
Kant 186
Keynes 28, 74 ff., 80, 155 f., 195,
199, 201
Knapp 28, 30
Laokoon 11
Lassalle 46, 201
Law 180
Malthus .. 45, 168, 193, 199, 201
Mandel 61, 201
Mandeville 195, 201
Marshall 25, 188
Marx 40, 45, 169, 201
Mill 25
Mises 30, 61, 73, 78 f., 82, 201,
202
Mombert 58, 202, 205
Myrdal 32, 66, 202
Naumann 32, 202
Pigou 74, 202
Rawls 174, 202
Recktenwald .. 40, 106, 202, 203
Ricardo 25, 193, 199
Robinson 186, 202
Röpke 33, 202
Roscher 34, 170, 202
Schiller, K. 156,
Schiller, F. 170, 171
Schubert 168 f.
Schumacher 25, 202
Schumpeter 20, 202
Seligman 82, 203
Shaftesbury 197, 203
Smith 25, 26, 45, 75, 106, 183,
191, 203
Spiethoff 76
Spree 62, 203
Stehr 119, 203
Strunden 58, 203
Tocqueville 71, 203
Ulrich 184, 204
Wagner 20, 204
Walras 26, 145
Wiese 47, 204
Wolf 25, 61, 201, 202

Sachregister

- ABM 141, 145, 151
Arbeiter 13, 16, 32, 40, 45, 46,
48, 49, 83, 106, 143, 146, 160,
161, 182
Arbeitgeberverband 95, 131
Arbeitslose 9, 11, 42, 51, 58, 59,
62, 78, 113, 114, 136, 146, 162
Arbeitslosenhilfe 37, 58, 91, 113
Arbeitslosenunterstützung 48,
57, 84, 127
Arbeitslosenversicherung 37, 41,
48, 51, 57, 58, 63, 93, 109,
114, 128, 130, 131, 133, 162,
165, 167, 169, 173, 203
Arbeitslosigkeit 7, 9, 10 ff., 14,
16, 17, 18, 19, 22, 38, 40, 41,
44, 50, 52, 55 - 70, 73 - 84, 90,
93, 96, 99, 111, 113 f., 119 f.,
123 ff., 128 - 133, 136 - 153,
155 - 167, 170, 173 - 177, 197
f., 199, 204 f.
Arbeitsmarkt, 7 f., 9 - 12, 19, 25,
32 - 42, 43 - 50, 57 - 66, 74, 76
ff., 81 - 85, 87, 89, 99 - 107,
110 f., 114 ff., 121, 123, 125,
127 f., 130 ff., 135 - 153, 155,
158, 160, 163 f., 169, 185
Arbeitsmarktmaßnahmen 9 ff.,
41, 87, 113 f., 123 f., 127 f.,
130 ff., 135 ff., 142, 147, 151
f., 155, 164, 176, 206
Arbeitsmarkttheorie 12, 22, 46,
86, 105, 109 f., 176
Arbeitsvermittlung 44, 46 ff.
Armut 33, 39 f., 50
Beschäftigung 7, 13, 15, 17 f.,
21, 28, 32, 39, 41, 48 ff., 52,
55 ff., 64 f., 67, 69 f., 74, 76 ff.
82 f., 85, 105, 107, 109, 111,
113, 119 ff., 123, 125 f., 128,
130, 135, 137, 139 ff., 145 f.,
149, 151 ff., 156 ff., 160, 162,
164, 166 f., 169, 173, 176,
195, 201, 205, 206
Beschäftigungsillusion 5, 123,
125, 127 - 133, 143 ff., 147,
151 ff., 162, 197
Bürgergeld 51 f.
Bürokratie 20, 30, 33, 150
Demokratie 20, 22, 71, 73, 182,
200, 202 f.
Deutschland, 7, 9, 11, 14, 20 f.,
30, 34 ff., 41, 47 f., 51 f., 56 f.,
59 ff., 65, 68, 75 f., 82, 86, 87,
94 ff., 111, 113, 118, 121, 124
ff., 129, 135 f., 139 ff., 146,
148 ff., 152, 158 f., 166 f.,
170, 176 ff., 181 f., 184, 191
f., 201, 204, 205, 206
Effizienz 22, 89, 121, 129, 131
f., 150, 177, 181 ff., 185, 189,
198
Eigentum 29, 85, 105, 119, 165,
175 f., 178 ff., 182, 203
Einkommen 5, 10, 13 f., 16 f.,
18 ff., 32, 34, 36, 39 f., 42, 48,
50 ff., 69, 81 f., 84 f., 87 f., 90
f., 93, 95 f., 114, 123 f., 130 f.,
133, 143 ff., 153, 163, 167 f.,
173, 178 f., 190, 192 f., 202
Erstausrüstung 175
Erwerbsquote 77, 87, 142 ff.,
149, 151
Erwerbstätige 148
Faschismus 181
Finanzpolitik 9, 28, 91, 118,
139, 159, 203
Gefolgschaft 123 f., 153, 181

- Geld 9, 13, 22 f., 34, 49, 61, 64 f., 77, 79, 92, 102 f., 118, 121, 139, 155, 157, 164, 174, 178, 179, 180 f., 187, 196, 198, 203
- Geldillusion 64, 77, 99 f.
- Geldmenge 156, 178
- Geldpolitik 7, 64, 100, 155 ff., 193, 203
- Geldwirtschaft 10, 22 f., 32, 61, 65, 124, 142, 168, 174, 176 ff., 185, 193, 196, 198, 203
- Gerechtigkeit 27, 29, 40, 93, 173 f., 181, 198, 202
- Gesellschaftsordnung 11
- Gewerkschaften 46, 48 f., 58 f., 63, 67, 73 f., 80, 82, 87, 95, 124, 130
- Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals 28, 55, 158
- Grenzprodukt 81, 85, 106, 115, 117
- Information 26, 30, 43 f., 47, 78, 99, 104, 114, 117
- Investition 28 f., 49, 64, 82, 83, 89 f., 104 f., 107
- Investitionen 41, 61, 70, 90, 91, 95, 133, 150, 156, 158, 179, 189
- Kartell 22, 117, 120 f., 129, 189
- Keynesianismus 75
- Kosten 11, 13, 15 f., 19, 33 f., 39, 41, 45, 51, 66 f., 69, 78, 79, 84, 89, 103 f., 106, 113 ff., 119, 124, 126, 132 f., 146, 148, 155, 158, 160, 162 ff., 166, 180, 192, 193
- Krieg 143, 148
- Kurzarbeit 140, 145, 151
- Langzeitarbeitslose 9, 37, 57 f., 65
- Lohn 8, 9, 16, 18 f., 32, 45 f., 48 f., 60, 63, 65, 67, 80 ff., 91, 93 ff., 100 f., 103, 105, 106 ff., 109, 114 f., 118, 117, 125, 129 ff., 145, 155, 160, 162, 176, 192, 197, 205
- Lohndrift 80
- Lohnersatzleistungen 9, 63, 67, 128, 138
- Maastricht, Vertrag von 63
- Nominallohnanker 49, 82, 94, 95, 101, 107 f., 110 f.
- Preise 16 f., 25, 31 f., 49, 74, 78, 82, 99, 100, 102 ff., 116, 120 f., 145, 157 f., 167, 188, 193, 200
- Projektemacher 42, 69, 123 f., 131, 164, 166 f., 170
- Renten 26, 69
- Say 14, 192
- Schuldtitle 179
- Schwarzarbeit 130
- Solidarität 33 f., 85, 93
- Sozialhilfe 34 - 40
- Sozialismus 16, 20, 145 ff., 181 f., 202
- Sozialleistungen 36, 41, 50, 63, 109, 129, 144, 146, 193
- Sozialpolitik 10, 14, 19, 46, 47, 64, 73, 128 ff., 153, 160, 188 f., 192, 197, 200, 201, 204
- Sozialprodukt 18, 20, 34, 61, 69, 79, 87, 123, 126 f., 133, 173, 190
- Sozialstaatsarbeitslosigkeit 66
- Spekulation 28
- Staat 5, 20, 25 - 34, 41, 76, 176, 187, 190, 192, 204
- Staatsaufblähung 19, 27, 29, 63, 75, 131, 160, 189 ff., 195 ff.
- Staatszahlungsmittel 79, 178, 181 f., 196
- Tarifverträge 80
- Technik 15 ff., 26, 50, 66, 81 ff., 89 f., 94 f., 97, 101, 106 f., 109, 116 ff., 121, 126, 162
- Treuhandanstalt 67 f., 138
- Umverteilung 22, 40 ff., 84, 86, 132, 166, 188, 202

- Unterhaltsgeld124, 162
Verfügungsrechte182, 186
Vermögensmarkt 12, 34, 43, 49,
76, 82, 93, 104, 110, 157, 162,
179, 194, 196
Vermögenswerte 43 f., 68, 193,
196
Verschuldung62, 194
Verteilung 21, 40, 42, 48, 74,
76, 91, 92, 103, 137, 158, 160,
185, 192, 202
Vollbeschäftigung 14 f., 17, 18,
58, 61, 66, 74, 78, 83 f., 87,
110, 116 ff., 124 ff., 155, 159,
177 f.
Währungsunion 23, 138, 141,
143, 155, 198
Weiterbildung9
Weltwirtschaftskrise ..9, 75, 201
Wettbewerb 13, 15, 25, 26, 29,
74, 79, 85, 89, 104, 116, 118,
120, 179, 180, 182, 187, 188,
190
Wirtschaftsordnung 10, 27, 88,
92, 142 f., 178, 183, 197
Wirtschaftspolitik 7, 9, 15, 22,
32, 40, 53, 66, 69, 73, 77, 79
f., 86, 92, 95 f., 123, 141 ff.,
148, 150, 152, 156, 160, 162,
168, 177, 188, 200, 201, 202,
203
Wirtschaftswachstum 139, 144,
175
Wohlfahrt 15, 17 f., 20, 22 f., 26
f., 33, 40 ff., 71, 74 f., 77, 83
ff., 87, 92, 96 f., 116 f., 119,
129 ff., 137, 159, 165, 166,
168 f., 177, 179, 183 f., 187
ff., 191, 195
Zentralbank 7, 28, 91, 155 ff.,
178, 193, 196
Zinsen 16, 32, 133, 157, 158